

# Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N<sup>o</sup> 39.

Dresden, am 26. Februar

1850.

Sechsz und dreißigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am 22. Februar 1850.

## Inhalt:

Registrandenvortrag. — Urlaubsgesuche. — Entschuldigung. — Beschlußfassung über den Antrag des Abg. Kalb, die Niederlegung eines außerordentlichen Ausschusses für Kirchen- und Schulfachen betreffend. — Verlegung der Wahl dieses Ausschusses auf die nächste Tagesordnung. — Vorträge und Berathung über Berichte des vierten Ausschusses: 1) über die Petition Bischoff's und Genossen zu Klostergeringswalde etc., das Vorkaufrecht bei Grundstücksabmembrationen betreffend. — Beschlußfassung. — 2) über die Petition Friedrich August Sahnig's zu Meissen, die Beseitigung des von den dasigen Kaufleuten zu entrichtenden Concessiongeldes betreffend. — Beschlußfassung. — 3) über die Petition Karl August Schoris, Karl Köllig's und Genossen zu Sebnitz um nachträgliche Steuerentschädigung etc. — Beschlußfassung. — 4) über das Gesuch der Schuhmacherinnung zu Groitzsch, das Feilhalten mit Schuhmacherwaaren auf Jahrmärkten betreffend. — Beschlußfassung. — 5) Mündlicher Vortrag über die Petition Fischer's und Genossen zu Dahlen, den freien Brotverkauf betreffend. — Beschlußfassung. — 6) Mündlicher Vortrag über die Petition Heinig's und Gen. zu Blauen, die Abänderung des Gesetzes über Erfüllung der Militairpflicht betreffend. — Beschlußfassung.

Die Sitzung beginnt 5 Minuten nach 10 Uhr in Gegenwart von 67 Kammermitgliedern. Das Protocoll über die letzte Sitzung wird von dem Secretair Prüfer verlesen und von der Kammer genehmigt, von den beiden Abgg. Raschig und Rauch aber mit vollzogen. Die Registrande beginnt mit

(Nr. 405.) Der Abg. Herold überreicht ein ihm für den Zweck der Abgabe an die Kammer und zur Berücksichtigung bei den Vorberathungen des betreffenden Ausschusses übersendetes Exemplar des neuen Berggesetzentwurfs, welches durch einen Verein von Bergbautreibenden der vereinigten Johannegeorgenstädter Bergamtsreviere mit motivirten Abänderungen versehen worden ist, nebst einem Begleitschreiben des Edlen v. Quersurth zu Wildenthal, worin um Abänderung, insonderheit der §§. 269 — 283, jenes Gesetzes gebeten wird.

Präsident Cuno: Wir haben unzweifelhaft diese Eingabe an den außerordentlichen Ausschuss zu verweisen, der zu Begutachtung der Berggesetzgebung niedergesetzt ist.

(Nr. 406.) Petition August Fr. Kelz's und C. Heinrich Pampel's im angeblichen Auftrage von resp. 170 und 86 Mitgliedern zweier Vereine zu Glauchau, vom 13. Februar 1850, die Abstellung der besondern Schulgelder und Bestreitung der sämtlichen Schulbedürfnisse aus der Gemeinde-, beziehentlich Stadtcasse bezweckend. Eingeführt von dem Abg. Funckhanel, mit dem Antrage, diese Petition bis zur Vorlegung eines neuen Schulgesetzes zu asserviren und dann mit diesem zugleich dem betreffenden Ausschusse zu überweisen.

Präsident Cuno: Der Abg. Funckhanel, welcher die aus der Registrande soeben vorgetragene Petition überreicht hat, wünscht, daß dieselbe bis zur Vorlegung eines neuen Schulgesetzes aufbewahrt und dann mit diesem zugleich einem Ausschusse überwiesen werde. Sie wissen, auf der heutigen Tagesordnung steht der Antrag des Abg. Kalb, im Voraus für Kirchen- und Schulfachen einen außerordentlichen Ausschuss zu wählen. Im Falle dieser Antrag Genehmigung finden sollte, wird auch die jetzt in Frage stehende Petition ohne Weiteres an den von uns zu ernennenden Ausschuss gelangen können, sollte aber der Antrag abgeworfen werden, so bleibt nichts übrig, als die Petition zu asserviren, bis die darin bezeichneten Vorlagen der Regierung an uns gelangt sind.

(Nr. 407.) Petition des Stadtraths zu Döbeln vom 17. Februar 1850, um Verwendung bei der Königl. Staatsregierung für dessen Gesuch, die Stadt Döbeln zum Sitze eines Bezirksgerichts auszuersuchen.

Präsident Cuno: Wird als Petition an unsern vierten Ausschuss zu gelangen haben.

(Nr. 408.) Anzeige des fünften Ausschusses vom 20. d. M., wonach derselbe zur Berichterstattung über verschiedene Beschwerden (Nr. 191, 192, 260 und 225 der Registrande) sich bereit erklärt.

Präsident Cuno: Es wird die Berichterstattung auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen sein.

(Nr. 409.) Beschwerde des Gemeinderaths zu Lobstädt über die vom Königl. Ministerium des Innern verweigerte Einführung der Städteordnung daselbst, und Gesuch um